

Fremdbestimmt ist ungesund

Wer mehr arbeiten muss, als er möchte, hat ein erhöhtes Krankheitsrisiko.

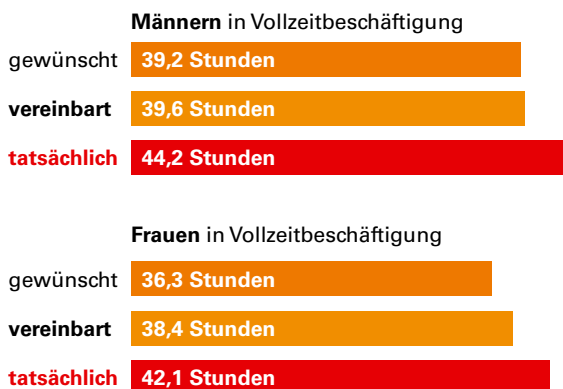
Wer unfreiwillig arbeitslos ist, allerdings auch.

Dass Arbeit krank machen kann, ist regelmäßig Thema in der Öffentlichkeit, etwa wenn es um Stress und Burnout geht. Ob Arbeit grundsätzlich die Gesundheit beeinträchtigt, haben der OECD-Ökonom Andrea Bassanini und Eve Caroli von der Universität Paris Dauphine erörtert.* Ihrer Literaturstudie zufolge ist Erwerbstätigkeit an sich nicht zwingend gesundheitsschädlich. Entscheidend sei vor allem die Kluft zwischen tatsächlichem und erwünschtem Arbeitsumfang.

Die Wissenschaftler haben zum einen Studien zum Thema Arbeitszeit ausgewertet. Zwischen der Zahl der Arbeitsstunden und dem Wohlbefinden besteht demnach ein negativer Zusammenhang: Lange Arbeitstage seien eindeutig schlecht für die Gesundheit. Eine Reduzierung der Stundenzahl schein sich dagegen positiv auszuwirken. Auch die Renten-Forschung lässt laut Bassanini und Caroli Erwerbsarbeit tendenziell medizinisch bedenklich erscheinen: Dem Eintritt in den Ruhestand werde in der Regel eine gesundheitsförderliche Wirkung attestiert. Scheinbar im Widerspruch dazu stehen die Ergebnisse zu den Folgen von Arbeitslosigkeit: Wer seinen Job verliert, muss eher mit Nachteilen für die Gesundheit rechnen. Zumindest gebe es keine Studien, die positive Effekte von Arbeitslosigkeit nachweisen können, schreiben

Unerwünschte Arbeitszeiten

Im Schnitt betragen die Wochenarbeitszeiten 2012 bei ...



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

die Autoren. Ihre Erklärung: Entscheidend sei, inwieweit Beschäftigte sich freiwillig für oder gegen mehr Arbeit entscheiden. Die Belege für gesundheitsschädliche Auswirkungen von Erwerbstätigkeit bezögen sich in der Regel auf Situationen, in denen Arbeitnehmer keinen Entscheidungsspielraum haben. Gegen den eigenen Willen mehr zu arbeiten, erhöhe das Krankheitsrisiko. Die Politik fordern Bassanini und Caroli auf, diesen Zusammenhang zu berücksichtigen – zum Beispiel in der Diskussion um ein höheres Renteneintrittsalter. ◀

* Quelle: Andrea Bassanini, Eve Caroli: Is Work Bad for Health? The Role of Constraint vs Choice, IZA Discussion Paper Nr. 7891, Januar 2014
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](#)

Demografie lässt Franzosen Spielraum

Das Renteneintrittsalter in allen EU-Staaten anzugleichen, ist nicht sinnvoll.

Dafür ist die demografische Entwicklung zu unterschiedlich.

Als ein Beispiel für alles, was angeblich schief läuft in den europäischen Krisenstaaten, werden immer wieder die Rentensysteme genannt. Dass Griechen oder Spanier früher in den Ruhestand gehen als Deutsche, sorgt verlässlich für Empörung. Was dabei übersehen wird: Unterschiede beim Renteneintritt ergeben durchaus Sinn, wenn man die Unterschiede bei der Bevölkerungsentwicklung berücksichtigt. Denn kaum eine Gesellschaft altert so schnell wie die deutsche. Zu diesem Ergebnis kommen IMK-Forscher Sven Schreiber und Hubert Beyerle. Laut ihrer Analyse „gibt es keinen ersichtlichen ökonomischen Grund für eine Angleichung der Renteneintrittsaltersgrenzen“ in der EU.*

Die Grundannahme der Ökonomen: Nachhaltig organisiert ist Alterssicherung dann, wenn das Verhältnis zwischen Ruheständlern und Beschäftigten – der „Rentnerquotient“ – konstant bleibt. Welches Renteneintrittsalter jeweils nötig sein würde, um einen bestimmten Quotienten zu erreichen, haben die Autoren mit Hilfe von Bevölkerungsprognosen der Vereinten Nationen für Deutschland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien für den Zeitraum

bis 2050 untersucht. Dabei haben sie vier Szenarien mit Rentnerquotienten zwischen 0,3 und 0,6 durchgerechnet. Die Ergebnisse unterscheiden sich von Land zu Land erheblich: Damit beispielsweise auf jeden Rentner zwei Erwerbstätige kommen, also eine Quote von 0,5 erreicht wird, könnten die Iren im Jahr 2030 mit 57 in den Ruhestand treten, die Franzosen mit 61,5, die Griechen mit 62,5, die vergleichsweise fortpflanzungsmüden Deutschen dagegen erst mit 64,6 Jahren. Ähnlich ungünstig wie in Deutschland verläuft die Entwicklung sonst nur in Italien. Spanier und Portugiesen werden die Deutschen erst nach 2040 beim rechnerisch notwendigen Renteneintrittsalter einholen. Dass die Franzosen mit Blick auf die Demografie deutlich früher aus dem Erwerbsleben ausscheiden können, gilt in allen untersuchten Szenarien – selbst dann, wenn man von möglichst optimistischen Prognosen für Deutschland und möglichst pessimistischen für Frankreich ausgeht. ◀

* Quelle: Sven Schreiber, Hubert Beyerle: Europas künftige Rentenkluft, IMK Policy Brief, Januar 2014
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](#)